

Protokoll Ratschlag Wohnen

13.11.2018, 17:00 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bahnhofplatz 22-28, 28195 Bremen

Anwesende Initiativen/Institutionen/Menschen:

Anwesend waren ca. 75 Menschen aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Aktionsbündnissen, Gewerkschaften, dem Bereich Mieterschutz etc. Ferner waren Privatpersonen mit und ohne Wohnung gekommen.

Begrüßung der Teilnehmer*innen durch den Diskussionsleiter:

Wohnen ist ein Menschenrecht. Das Problem der steigenden Mieten betrifft viele Menschen in Bremen. Deshalb hat das Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen verschiedenste Initiativen zu diesem Ratschlag eingeladen, die sich ebenfalls für bezahlbaren Wohnraum, für Obdachlose und gegen den Ausverkauf von Boden an Renditejäger einsetzen möchten. Der Diskussionsleiter dankt ver.di für den kostenlosen Tagungsraum. Der Inhalt des Ratschlags ist offen. Der Diskussionsleiter hält es für möglich, die Politik unter Druck zu setzen durch eine Kundgebung, eine Demo, Theater, Musik, Texte, einen Poetry-Slam etc.

Redebeiträge

Teilnehmer: Interaktion ist erforderlich. Deshalb ist der Austausch beim Ratschlag gut.

Teilnehmer: Das Bremer Bündnis für Soziale Arbeit lädt am 18.03. zu einer Tagung ein, bei der es um soziale Arbeit und Wohnungsfragen geht. In den sozialen Berufen ergeben sich ständig Wohnungsprobleme, welche die Arbeit behindern. Deshalb wäre Druck sehr gut.

Teilnehmerin: Eine große Demo wäre sehr gut. Das Thema Wohnen wird auch bei "Aufstehen" eingebracht werden.

Teilnehmerin: In der Drogenhilfe ist man/frau ständig mit dem Thema Wohnungslosigkeit beschäftigt. Vor der Bürgerschaftswahl sollte möglichst viel Druck aufgebaut werden. Die Frage, ob eine Demo gewünscht ist und wann, sollte heute abend beantwortet werden.

Teilnehmerin: Auch für Fraueninitiativen ist Wohnen ein Thema. Es wurde z.B. Kontakt mit dem Beirat Hemelingen oder dem Bremer Frauenausschuss in dieser Sache aufgenommen. Die Fraueninitiativen haben erstmal die Frauen im Blick, sehen jedoch auch, dass Wohnraum für Männer und Frauen fehlt.

Teilnehmerin: Es wird Zeit für Aktionen, denn Bremen wird gerade gesäubert. Im Dezember startet deshalb eine erste Aktion mit Theater und/oder Musik für wohnungslose Menschen.

Teilnehmer: Bei der Demo müssen ganz konkrete Forderungen aufgestellt werden, damit sie nicht ineffektiv ist. Z.B. könnte eine Zwischennutzung für Leerstandsgebäude gefordert werden.

Teilnehmer: Direkte Hilfe für Obdachlose ist notwendig. Es gibt nichts Gutes außer man tut es.

Teilnehmer: In Bremen brauchen wir mehr sozialen Wohnraum. Es fehlt leistbarer Wohnraum. In diesem Jahr gab es bereits eine Veransatlung von ver.di mit der Rosa Luxemburg Stiftung zu dem Thema. Hier beim Ratschlag müssen gemeinsame Positionen geklärt werden. Der Zeitpunkt für eine große gemeinsame Demo ist genau richtig.

Teilnehmer: Man sollte nicht nur im Legalbereich, sondern auch im Legitimbereich arbeiten. Dies gilt insbesondere für leerstehende Wohnungen. Die Diskussion muss radikaler geführt werden.

Teilnehmer: Der Verfassungsartikel über die Sozialbindung des Eigentums muss angewendet werden. Leerstehender Wohnraum sollte enteignet werden. Es sollte eine dahingehende Gesetzesinitiative initiiert werden. Leerstandsanzeiger für Wohnraum im Internet sollten ausgeweitet werden.

Teilnehmerin: Wir brauchen mehr Neubau und mehr sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen müssen wieder handlungsfähig werden und mehr Gemeinnützigkeit schaffen.

Teilnehmer: Es ist wichtig, eine Mischung in verschiedenen Stadtteilen hinzubekommen. So schafft z.B. Die Hulsberg-Genossenschaft im reichen Hulsberg-Viertel leistbaren Wohnraum. Es sollten Gebäude erhalten werden. Das z.Zt. zwischengenutzte Gebäude auf dem St. Jürgen-Areal sollte längerfristig für Einfachwohnen genutzt werden. Auch das derzeit diskutierte Gebäude Humboldtstraße sollte für einfaches Wohnen erhalten werden.

Teilnehmerin: Alleinstehende Frauen haben Wohnraumbedarf und finden oft keine Wohnung.

Teilnehmer: Wir sollten Druck machen. Zwangsräumungen sollten verhindert werden.

Teilnehmer: Einfaches Wohnen wird politisch behindert.

Teilnehmer: Warum werden die Übergangswohnheime für geflüchtete Menschen nicht für Wohnungslose freigegeben?

Teilnehmerin: Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander. Deutschland ist ein Sozialstaat. Es muss umverteilt werden.

Teilnehmer: Die Stadt darf kein Renditeobjekt sein. Enteignung ist eine Option, insbesondere bei VONOVIA, Deutsche Wohnen etc.

Teilnehmerin: Enteignung ist eine Lösung. Der Fachtag am 18.03. sollte genutzt werden, um einen knackigen Forderungskatalog zu erstellen. Es sollten schonmal Themen für den Fachtag gesammelt werden. Es ist zu bedenken, dass Jugendliche in Bremen wochenlang oder sogar monatelang obdachlos sind.

Teilnehmer: In Bremen gibt es eine Initiative zur Verhinderung von Zwangsräumungen. Die Eigentumsfrage muss gestellt werden. Wohnraum dient in dieser Gesellschaft dazu, Gewinne zu machen. Wir müssen nicht den Staat ansprechen, sondern die Leute, die in Bremen wohnen.

Teilnehmerin: Die Behandlung von Menschen auf der Straße tut weh. Dass gesagt wird, obdachlose Menschen würden die Stadt dreckig machen, ist für die Betroffenen schmerzlich. Dass die Stadt von Menschen gesäubert werden soll, ist verletzend. Es kommt immer wieder zu Vorfällen, bei denen die Würde der betroffenen Menschen in keiner Weise beachtet wird. Den Menschen steht noch nicht einmal ein Schließfach zur Verfügung, um ihre Sachen sicher aufzubewahren.

Teilnehmer: Wenn der Ratschlag nicht nur heiße Luft produzieren soll, sollte nicht auf Staat und Politiker gesetzt werden. Wichtig sind eigenen Erfahrungen und z.B. die Enteignen-Kampagne in Berlin.

Diskussionsleiter: Jeder kann Aktionen zum Thema Wohnen machen und das Aktionsbündnis wird dies unterstützen. In Bremen-Nord könnte z.B. derzeit ein Haus besetzt werden. Nähere Infos dazu beim Diskussionsleiter. In Bremen sind über 200.000 Menschen von Wohnungsnot betroffen und zwar vor allem aufgrund der regelmäßigen Mieterhöhungen. Es gibt sogar zunehmend Fälle, in denen Menschen die Miete aus ihrem Existenzminimum bezahlen. Die vielen betroffenen Menschen sollten in der Demo/Aktion sichtbar und unübersehbar werden. Ein kleiner Minimalkonsens für Forderungen bei einer solchen großen Demo/Aktion wäre:

1. bezahlbarer, leistbarer Wohnraum für alle
2. Kein Ausverkauf der Stadt an Renditejäger

Alle anderen Themen sind auch ok. Das Aktionsbündnis setzt sich Z.B. auch für Wohnungslose, die Rekommunalisierung oder echte, dauerhafte Sozialwohnungen statt

sozialer Zwischennutzung ein.

Teilnehmer: Wohnen müsste zur Daseinsvorsorge gehören. Die VONOVIA verhindert bezahlbaren Wohnraum. Internationale Verträge wie TTIP wirken auch nach innen.

Teilnehmer: Das Handelsabkommen mit Japan ist eine Katastrophe. Die Eigentumsfrage muss geklärt werden. Betroffene haben zunehmend Probleme mit der Energie- und Wasserversorgung und entstehenden Sperrungen. Eine Rekommunalisierung der Energie- und Wasserunternehmen ist erforderlich.

Teilnehmer: Es sollte auch eine Energieberatung für die Betroffenen eingeführt werden.

Teilnehmer: Fragt, ob beim Ratschlag auch Obdachlose anwesend sind.

Diskussionsleiter: ja, mehrere, die Möglichkeit zur Vernetzung besteht nach dem Ratschlag.

Teilnehmer: Es stehen ca. 800 Gebäude in Bremen leer. Auf die Politik muss von allen Seiten Druck gemacht werden.

Teilnehmer: Von Strom- und Wassersperrungen sind derzeit 6000-8000 Haushalte in Bremen betroffen. Eine Aktion gegen die Stadtwerke ist erforderlich. Der DGB wird gebeten, im Gebäude am Bahnhof für Obdachlose die Toilettenräume offen zu halten.

Teilnehmerin: Die Bremer Grund- und Bodenpolitik muss hinterfragt werden. Ist das alles an Zech und Grosse gegangen? Warum haben wir nicht früher Fragen gestellt?

Teilnehmer: Eine Demo mit großer Sichtbarkeit ist fällig. Der Zeitpunkt ist gut. Es gibt ein Gesetz gegen Fehlbelegungen, das Bußgelder bei Leerstand vorsieht. Eine entsprechende Verordnung fehlt jedoch. Es wird z.Zt. am Thema Erbbaurecht gearbeitet. Bis das Thema angekommen ist, sind jedoch alle Grundstücke verkauft.

Teilnehmerin: Warum gibt es in Bremen keinen qualifizierten Mietspiegel? In der Praxis könnte dies helfen Mieterhöhungen zu verhindern.

Diskussionsleiter: Mit Mietspiegeln gibt es unterschiedliche Erfahrungen. Sie können auch Anlass für Mieterhöhungen sein, weil darin Neumieten zugrunde gelegt werden.

Diskussionsleiter: Nachdem viele Teilnehmende zu Wort gekommen sind, ist zu klären: Wollen wir zusammen was machen?

Teilnehmerin: ja, und wir müssen jetzt mit der Orga beginnen, da nicht mehr viel Zeit verbleibt.

Teilnehmer: ja, Wohnen ist für viele Gewerkschaften ein Thema.

Teilnehmer: ja, ich bin für einen Demonstrationzug mit Kundgebung

Teilnehmer: Es sollte vor allem Widerstand in den Wohnquartieren organisiert werden. Das Bündnis zur Verhinderung von Zwangsräumungen sucht für Anfang Dezember noch Leute, die eine Zwangsräumung verhindern.

Diskussionsleiter: Man/frau kann mit einer großen Aktion starten und dann in den Quartieren arbeiten. Bei einer großen Aktion könnten Menschen eingebunden werden, die noch nie demonstriert haben und dadurch erstmalig politisch aktiv werden. In die Demo können linksorientierte Menschen ebenso wie wertkonservative eingebunden werden. Die Demo sollte als Bestandteil von vielen parallelen Aktivitäten gesehen werden. Wenn Wirkung erzielt werden soll, müssen noch weitere Initiativen/Stadtteile erreicht werden.

Verschiedene Teilnehmende: Vor/Nachteile unterschiedlicher Termine werden erörtert. Es gibt eine Terminverantwortliche (Conny), die die Ideen zur Kenntnis nimmt. Die Plakate sollen knackig, kurz, ansprechend sein, die Marktplatzaktion muss inhaltlich gut sein. Es wird erörtert, ob bei der Demo die Verantwortlichen aufgesucht werden sollen oder nicht.

Teilnehmer: Bei der Planung der Demo darf die Arbeit in den Quartieren nicht vernachlässigt werden.

Teilnehmerin: Es ist schwierig, die Mieter*innen zu aktivieren. Aber die Ansprache in den Quartieren ist sehr wichtig.

Diskussionsleiter: Bittet um Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für die Aktion/Demo, welche Vorschläge erarbeiten und vorlegen wird. Zu dieser Arbeitsgruppe melden sich 11 Personen. Das erste Treffen ist in der 47. KW. Ein Terminvorschlag mit Treffpunkt wird am 15.11. von Hannah gemailt.

13.11.2018,

Hannah Beej